

Mehr Demokratie für wenige?

Autor(en): **Vodoz, Luc / Pfister, Barbara**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Comtec : Informations- und Telekommunikationstechnologie = information and telecommunication technology**

Band (Jahr): **80 (2002)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-877189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Internet-Gesellschaft

Mehr Demokratie für wenige?

Zwischen Traum und Alptraum regt Internet die Vorstellungskraft an. Wird uns dieses neue Kommunikationsmittel vor der Politik endlich alle gleich stellen? Oder wird es im Gegenteil die Probleme einer «Zwei-Klassen-Gesellschaft» verschärfen?

Mit dem Internet kamen grosse Hoffnungen für die Demokratie auf. Zu einer Zeit, da die zunehmend vielschichtigen Entscheidungsmechanismen für die meisten Bürger immer undurchsichtiger werden, träumen

LUC VODOZ UND BARBARA PFISTER

viele davon, dank Internet würden sich alle regelmässig und umfassend über alles informieren können, was in der Tagespolitik auf dem Spiel steht. Gestützt auf diese aktuelle und transparente Grundlage werde sich jeder Bürger fundiert äussern und sich direkt bei den politischen Entscheidungsträgern einschalten können – sei dies, indem er auf elektronischem Weg ein Referendum ergreift, sei es, indem er, bequem hinter seinem Bildschirm eingerichtet, seine politischen Abgesandten ohne grossen Aufwand von zu Hause aus wählt. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, würde das Internet ein aussergewöhnli-

ches Mittel bereitstellen, um den demokratischen Prozess zu verbessern. Auf der anderen Seite befürchten etliche, bei der elektronischen Demokratie handle es sich bestenfalls um ein verführerisches Lockmittel, wenn nicht gar um eine Bedrohung: Werden alle jene, die den Computer nicht zu bedienen wissen, nicht immer mehr in die gesellschaftliche Randständigkeit gedrängt und schliesslich vom politischen Leben ausgeschlossen?

Internet bei intermediären Organisationen, IO

Politische Parteien, Wirtschaftsorganisationen und andere Interessengruppen der unterschiedlichsten Art stellen intermediäre Organisationen dar, als sie gewissermassen eine Schnittstelle zwischen dem Bürger und dem Staat bilden: Indem sie an der Ausgestaltung von Gesetzestexten und anderen Beschlüssen mitwirken, vertreten sie die Interessen ihrer Mitglieder vor den politischen Instanzen; in der umgekehrten Richtung tragen sie auch massgeblich

Bild 1. Es ist zweifelhaft, ob die elektronische Stimmabgabe die Bürger anspornen würde, vermehrt am politischen Leben teilzunehmen.

zur Umsetzung politischer Entscheidungen bei.

Einer der Hauptgründe, ins elektronische Netz zu investieren, ist für die IO, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken: Laut den befragten Internet-Zuständigen geht es darum, die Informationen möglichst breit zu streuen und ein Schaufenster auf die Aktivitäten der Organisationen zu öffnen. Daneben spornt auch die Notwendigkeit, Internet zur Informationssuche zu nutzen, zu Investitionen in dieses Medium an, ebenso wie die Absicht, sich mit einem Instrument für die interne Kommunikation auszustatten, das rasch und günstig ist. Schliesslich sollen auch die Beziehungen zwischen verbündeten IO in der Schweiz und im Ausland verstärkt werden.

Beziehungen zwischen IO und Bürgern

In den Beziehungen, die sie zu ihren Mitgliedern und Sympathisanten unterhalten, haben IO bis jetzt die interaktiven Werkzeuge des Internets kaum ausgenutzt: IO, die es als ein Mittel sehen, um

ihrer Basis Gehör zu schenken und den Dialog mit ihr aufzunehmen, sind äusserst selten.

Diese Vorherrschaft einer Angebotslogik kann mit der Neuartigkeit des Internets erklärt werden: Die IO sind gegenwärtig im Begriff, ihre Lehrzeit zu absolvieren, die sie nach und nach dazu führen wird, das spezifische Kommunikationspotential des Netzwerks intensiver auszuschöpfen.

Um von einer Angebotslogik zu einer Strategie der Nachfrage zu gelangen, werden allerdings verstärkte Anstrengungen erforderlich sein, um die Profile der betroffenen Internet-Surfer zu vermitteln und ihre Erwartungen kennen zu lernen.

Die Beziehungen zwischen den IO

Internet gestattet es den IO, untereinander Synergien einzugehen und damit die kritische Masse zu erreichen, die es braucht, um gegenüber den grossen Lobbys der globalisierten Wirtschaft genügend Gewicht aufzubringen. Internet gibt den IO auch ein Mittel in die Hand, um sich ihrer Basis anzunähern. Ausserdem stellt Internet möglicherweise das einzige Mittel dar, über das die IO verfügen, um mit der organisatorischen Herausforderung umzugehen, die sich aus der Spannung zwischen der Globalisierung auf der einen und der lokalen Verankerung auf der anderen Seite ergibt.

Tatsächlich trägt Internet dazu bei, gleichzeitig zwei paradoxe Phänomene zu verstärken: die Globalisierung der Kontakte und die Individualisierung der Interessen. Denn jeder Surfer kann mit jedem anderen Internetbenutzer kommunizieren – und dabei doch ausschliesslich seinen ureigensten spezifischen Interessensgebieten huldigen. Man könnte dies als das Paradox der «Globspezialisierung» oder der «Globindividualisierung» bezeichnen, welche die Globalisierung der Probleme bei gleichzeitiger Verstärkung der lokalen Identitäten widerspiegelt. In dieser Situation sehen sich die IO gezwungen, die Nähe zu ihren Anhängern und ihren Ansprüchen zu suchen, während sie zugleich Verhaltensformen entwickeln müssen, die der Globalisierung angemessen sind.

Politische Betätigung

IO, welche die elektronische Post benutzen, um damit politische Entscheidungstragende zu beeinflussen, bilden die Ausnahme.

Zuverlässigkeit und Vertraulichkeit im Netz

Zieht man in Betracht, Abstimmungen über Internet zuzulassen, gilt es, zuerst die Vertraulichkeit der Kommunikation auf dem Netzwerk zu gewährleisten. Tatsächlich kann noch nicht garantiert werden, dass die übertragenen Daten vertraulich bleiben. Ausserdem sind die Verfahren, die eine offizielle Identifikation des Gesprächspartners auf dem Netz gestatten, zurzeit noch unzulänglich, und sei es auch nur wegen der hohen Kosten. Solche Verfahren sind indes unabdingbar, wenn verhindert werden soll, dass die Internet-Surfer ihre Stimme mehrfach abgeben.

Die «fünfte Schweiz»

Seit 1992 können Auslandschweizer auf Bundesebene und in bestimmten Kantonen und Gemeinden abstimmen und wählen. Die Schwierigkeiten, die es in zahlreichen Ländern bei der postalischen Übermittlung zu überwinden gilt, schränken die tatsächlichen Möglichkeiten ein, an den Abstimmungen teilzunehmen. Würde den Auslandschweizern gestattet, ihre Stimme auch über Internet abzugeben, könnte ein Reservoir an besonders aktiven Wählern gewonnen werden.

Ebenso selten wird das Netzwerk genutzt, um auf elektronischem Weg politische Kampagnen anzureissen. Dies lässt sich leicht erklären: Die Anzahl von Politikern, namentlich von eidgenössischen Parlamentsmitgliedern, die über Internet erreicht werden können, ist heute noch viel zu gering, als dass solche Vorgehensweisen von nennenswerter Bedeutung wären. Schliesslich gehört es in der Schweiz noch nicht zu den gängigen Verhaltensweisen, sich in Debatten auf Internetseiten der Konkurrenz einzumischen, um dort die Meinungen zu beeinflussen. Dies wird sich so lange nicht ändern, als der politische Meinungsaustausch im Internet gesamthaft randständig bleibt.

Internet und die anderen Medien

In dem Mass, als die IO die Beziehungen zu ihren Cyberanhängern zu verstärken trachten, wird Internet einen immer wichtigeren Platz unter den traditionellen Kommunikationsmitteln einnehmen. Nahezu alle untersuchten IO gehen indes davon aus, dass das Netzwerk im Hinblick auf die Kontakte zu den Bürgern noch für lange Zeit bestenfalls eine Ergänzung zu den anderen Medien bleiben wird.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass nächstens nahezu die Hälfte der Schweizer Einwohner Zugang zum Internet haben wird, sei es zu Hause, am Arbeitsplatz oder in Internet-Cafés, würde eine ausschliessliche Ausrichtung auf Internet

bedeuten, einen allzu beträchtlichen Teil der Bevölkerung auszugrenzen.

Ganz anders verhält es sich im Hinblick auf die internen Beziehungen der IO und auf die Beziehungen zu anderen IO: In gewissen Fällen ist die Information auf der Basis von Papier bereits verpönt, sodass der Anschluss ans Netz eine unabdingbare Voraussetzung ist, um bei bestimmten Arbeitsgemeinschaften unter IO mitzuwirken.

Ausgehend von den Beobachtungen, wie Internet von den IO genutzt wird, können einige allgemeine Einsichten über die Auswirkungen dieses Mediums auf das politische Leben gezogen werden.

Unterschreiben, abstimmen und wählen im Internet?

Mehrere IO benutzen Internet, um elektronische Unterschriften für Petitionen einzuholen. Da Petitionen von jedermann unterschrieben werden können, egal, ob eine Person volljährig und im Besitz der vollen Bürgerrechte ist, braucht es keine formelle Identifikation der Unterzeichnenden.

Anders steht es bei Wahlen, Abstimmungen, Volksinitiativen und Referenden, wo es den Bürgern im eigentlichen, formellen Sinne vorbehalten ist, ihre politischen Rechte auszuüben. Gegenwärtig benutzt die Bundesverwaltung Internet bereits im Vernehmlassungsverfahren zu Gesetzesvorschlägen. Hingegen zieht es der Bundesrat zurzeit nicht in Betracht, ein Sys-



Bild 2. Werden jene, die den Computer nicht bedienen können, in die gesellschaftliche Randständigkeit gedrängt?

Internetkosten

Die tiefen Kosten der Kommunikation auf Internet wird oft ins Feld geführt. Dabei können sich längst nicht alle den persönlichen Zugang zum Netzwerk leisten: Abgesehen von den Telefonkosten und dem Abonnement bei einem Internetanbieter braucht es auch einen Computer und die erforderliche Software. Zudem macht die äusserst schnelle Entwicklung des Materials und der Programme ein ständiges Aufdatieren unabdingbar.

tem für Abstimmungen und Wahlen auf dem Netzwerk zu entwickeln. Zu hoch wären die Kosten, wenn es darum ginge, seine Zuverlässigkeit auf nationaler Ebene zu gewährleisten.

Es wäre ratsam, Pilotversuche im beschränkten Massstab (etwa auf Ebene eines Kantons oder einer Gemeinde) durchzuführen, um Vor- und Nachteile der Abstimmung über Internet auszulö-

ten. Der Analogieschluss zur brieflichen Stimmabgabe, wie sie bereits in zahlreichen öffentlichen Gemeinschaften der Schweiz praktiziert wird, lässt indes Zweifel daran aufkommen, dass die Entwicklung von Verfahren zur elektronischen Stimmabgabe die Bürger tatsächlich anspornen würde, vermehrt am politischen Leben teilzunehmen: Abgesehen von einer kurzlebigen Modewirkung ist

es schwierig einzusehen, weshalb eine elektronische Stimmabgabe diejenigen zahlreichen Bürger motivieren sollte, die bisher auf politischem Gebiet untätig waren.

Ein menschenleerer öffentlicher Raum?

Alle Mittel, die es den Bürgern gestatten, ihre Stimme aus der Distanz abzugeben, werfen ein Problem auf, das mit den besonderen Merkmalen des öffentlichen Raums in Zusammenhang steht: Indem man die Abstimmungsbüros, diese Orte der rituellen Begegnung zwischen den Bürgern, verwaisen lässt, vermindert man die Gelegenheit von Debatten mit einem Gegenüber, verstärkt man die Anonymität und schwächt die Transparenz der Meinungen, was ausserdem auch einer gesellschaftlichen Vereinzelung Vorschub leistet.

Für gewisse Interessengruppen, welche die persönliche Begegnung vorziehen, um für politische Anliegen zu werben, oder welche vor den Abstimmungsbüros Unterschriften zu sammeln pflegen, schränkt das Verschwinden eben dieser Büros die Möglichkeit beträchtlich ein, mit den Bürgern in Kontakt zu treten.

Internet zum Besten und zum Schlechtesten

Ein gewichtiger Teil der Schweizer Bevölkerung wird ohne Zweifel nie in der Lage sein, die Möglichkeiten des Internets auszuschöpfen. Dies nicht so sehr wegen eines problematischen Zugangs zum Netzwerk als vielmehr wegen der Schwierigkeit, die Informationsströme zu bewältigen. Chancengleichheit fördern heisst somit, Anstrengungen in der entsprechenden Ausbildung zu unternehmen.

wartete Interessensverbindungen entstehen, persönliche Bündnisse, welche die üblichen Interessensgrenzen überschreiten. Tatsächlich sind Verbindungen (Links) zwischen den Internetseiten gegnerischer Organisationen häufig. Die gegenwärtigen Merkmale der Kommunikation im Netzwerk haben auch ihre Schattenseiten: Die Möglichkeit, sich anonym zu äussern, und die damit einhergehende geringe Transparenz der Ansichten scheinen auch die Mechanismen zu behindern, die es braucht, um Einigung und Übereinkünfte zu erzielen. Und selbstverständlich wird die virtuelle Nähe, die Internet zulässt, die direkten zwischenmenschlichen Kontakte, den Reichtum der menschlichen Beziehungen, nie ersetzen können. 11

Internet und Politik in der Schweiz

Wird Internet nicht als fabelhaftes Instrument der Desinformation genutzt werden? Läuft man nicht Gefahr, massiven Betrugereien aufzusitzen, sollte dereinst die elektronische Abstimmung eingeführt werden? Solche Fragen schlagen seit einigen Jahren die wissenschaftliche Gemeinschaft weltweit in ihren Bann. Das Programm für Technologiefolgen-Abschätzung (TA), das dem schweizerischen Wissenschaftsrat angegliedert ist, hat sich daher der Thematik angenommen, um aus internationalen Forschungsergebnissen Nutzen zu ziehen, aber auch, um spezifisch schweizerische Fragestellungen aufzudecken, die den soziokulturellen, wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Besonderheiten dieses Landes Rechnung tragen.

Der Bericht «Internet und Politik in der Schweiz. Zwischen lokaler Verankerung und globaler Vernetzung» kann kostenlos bezogen werden beim Schweizer Wissenschafts- und Technologierat, Sekretariat des TA-Zentrums, Inselgasse 1, CH-3003 Bern, Telefon 031 322 99 63, E-Mail: ta@swr.admin.ch

Aber sogar wenn die Gefahr einer Spaltung in versierte Internet-Surfer auf der einen und aus der Informationsgesellschaft Ausgeschlossene auf der anderen Seite begrenzt wird, kann man daran zweifeln, dass Internet einen nennenswerten Zuwachs an politischem Engagement bringen wird: Es ist wahrscheinlich, dass das Netzwerk und seine interaktiven Komponenten sich weniger im politischen als vielmehr im wirtschaftlichen Bereich entwickeln werden. Der enorme finanzielle Einsatz, der mit der Verbreitung des Internets einhergeht, findet im Übrigen in den monopolistischen Anwendungen verschiedener beteiligter Wirtschaftsakteure seine Entsprechung, mit dem Risiko, dass diese versuchen werden, mittelfristig Kontrolle auf Netzwerke und Software und sogar auf die Information auszuüben, die im Umlauf ist.

Die Kultur und das Internet

Auf dem Netzwerk entwickelt sich eine besondere Kultur, die den Individualismus mit spezifischen Verhaltensregeln (Netikette) abdämpft, und wo der Kult des freien Informationsaustauschs herrscht.

Die Leichtigkeit, mit der im Netzwerk Beziehungen geknüpft werden, könnte im Übrigen dazu beitragen, dass uner-

Luc Vodoz, Politologe; Barbara Pfister, Soziologin, C.E.A.T., Lausanne

Summary

Internet Society: More Democracy for an Elite few?

Dream or nightmare? Will this new communications medium help to achieve equality faster than politics? Or will it have the reverse effect of creating a «Two-class society» and generating even more problems? The Internet heralded great hopes for democracy. While complex decision-making processes are becoming increasingly difficult to understand for a majority of the population, many – thanks to the Internet – dream of being able to keep themselves regularly and comprehensively informed of developments in the political arena. With access to clear and up-to-date information every citizen would be able to form well-founded political opinions and become more politically involved – either by initiating a referendum using electronic means or by voting for their preferred candidates from the comfort of their home. From this point of view the Internet offers enormous potential for improving the democratic process.